



Rahmenvertrag für die Erbringung von Leistungen im Energie- und Umweltbereich

basierend auf der Vergabe der öffentlichen Ausschreibung

WTO (21084) 805

Los 6: - Qualitätssicherung, Audits Zielvereinbarungen post 2020

Publiziert auf der Plattform www.simap.ch (Nr. am *Datum auswählen*)

Abgeschlossen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft handelnd durch:

Bundesamt für Umwelt BAFU
Abteilung Klima
Papiermühlestrasse 179
3063 Ittigen

Nachstehend bezeichnet mit "Bedarfsstelle BAFU"

und dem

Bundesamt für Energie BFE
Energieeffizienz und erneuerbare Energien
Pulverstrasse 13
3063 Ittigen

Nachstehend bezeichnet mit "Bedarfsstelle", gemeinsam nachstehend je einzeln oder zusammen „Vergabestelle“

und der Unternehmung

Genaue Firmenbezeichnung eingeben
Adresse eingeben
PLZ/Ort eingeben

Nachstehend bezeichnet mit "Firma"

Inhaltsverzeichnis

Ausgangslage, Projektbeschreibung und Ziele	3
1 Vertragsgegenstand	3
2 Vertragsbestandteile	3
3 Verhältnis von Rahmenvertrag zu Einzelverträgen.....	4
4 Leistungen der Firma	4
4.1 Leistungsbeschreibung.....	4
4.2 Prozess des Abrufverfahrens.....	4
5 Qualitätssicherung	5
6 Mitwirkungsobliegenheiten der Bedarfsstelle	6
7 Schlüsselpersonen	7
8 Eskalationsverfahren	7
9 Change Management (Leistungsänderungen)	8
10 Erfüllungsort	8
11 Termine	8
12 Vergütung	8
13 Rechnungstellung / Zahlungsplan	9
14 Sozialversicherungen.....	10
15 Konventionalstrafen	10
16 Schutzrechte	10
17 Gewährleistung und Haftung.....	10
18 Weitere Bestimmungen	10
18.1 Integritätsklausel	10
18.2 Selbstdeklaration.....	11
18.3 Personensicherheitsprüfung.....	11
18.4 Subunternehmer	11
19 Dokumentation und Abschlussarbeiten	12
20 Abtreten von Forderungen / Übertragung Rechtsverhältnis	12
21 Keine einfache Gesellschaft.....	12
22 Anwendbares Recht / Gerichtsstand	12
23 Gültigkeitsdauer, Änderungen und Beendigung des Rahmenvertrags.....	12
23.1 Inkrafttreten / Rahmenvertragsdauer	12
23.2 Rahmenvertragsänderungen.....	12
23.3 Kündigung aus wichtigem Grund	13
24 Ausfertigung / Unterzeichnung durch die Vertragsparteien	13

Ausgangslage, Projektbeschreibung und Ziele

Auf Grundlage der öffentlichen Ausschreibung sowie der dazugehörigen Unterlagen vom **Datum auswählen** auf der Publikationsplattform www.simap.ch hat die Firma ein Angebot zu den von der Bedarfsstelle nachgefragten Leistungen eingereicht. Der Firma wurde mit Publikation Nr. **Nummer eingeben** auf www.simap.ch am **Datum auswählen** der Zuschlag erteilt. Die diesbezüglichen vertraglichen Bedingungen werden in der vorliegenden Vertragsurkunde sowie den dazugehörigen Bestandteilen geregelt.

Die zu realisierenden Projekte und Arbeiten können bezüglich Menge und Zeitpunkt zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses nur teilweise bestimmt werden. Infolge dieser Ausgangslage vereinbaren die Parteien einen Rahmenvertrag.

Gestützt auf den vorliegenden Rahmenvertrag werden mit Bezug auf die Realisierung einzelner Projekte oder Perioden jeweils Einzelverträge zwischen der Firma und der Bedarfsstelle vereinbart. Verbindliche projektbezogene Leistungen ergeben sich jeweils erst aus den Einzelverträgen; aus der vorliegenden Vereinbarung ergibt sich weder eine Bezugspflicht der Bedarfsstelle noch eine Leistungspflicht der Firma.

1 Vertragsgegenstand

Der vorliegende Rahmenvertrag regelt grundsätzlich die Rechte und Pflichten der Parteien für die Erbringung von Leistungen im Umfeld der Zielvereinbarungen post 2020 von auftragsrechtlicher Natur. Er bezweckt insbesondere die Herstellung eines koordinierten Prozesses für den Abruf der einzelnen Leistungen sowie die Harmonisierung der Abläufe mit Blick auf die bestehenden und zukünftigen Geschäftsbeziehungen.

Die Bedarfsstelle beschafft Auditorenleistungen, zur Sicherung der Qualität der Zielvereinbarungen bei deren Erarbeitung und Umsetzung. Der Abschluss und die Einhaltung einer Zielvereinbarung sind eine Voraussetzung für die Rückerstattung des Netzzuschlags gemäss Energiegesetz. Zugleich bilden Zielvereinbarungen die Grundlage für eine Verminderungsverpflichtung zur Rückerstattung der CO₂-Abgabe gemäss CO₂-Gesetz. Zielvereinbarungen können zudem in den Kantonen zur Umsetzung des kantonalen Grossverbrauchermodells gemäss den kantonalen Energiegesetzen eingesetzt werden. Sie dienen weiterhin als freiwillige Massnahme zur Steigerung der Energieeffizienz gemäss Energiegesetz.

Die Auditoren haben die Aufgabe, eine Stichprobe der Zielvereinbarungen vor deren Abschluss oder während deren Umsetzung zu prüfen. Sie stellen dabei sicher, dass die Angaben und Daten in den Zielvereinbarungen und in den Monitoringberichten den jeweils zugrundeliegenden Regelungen aus der Energie- und CO₂-Gesetzgebung entsprechen. Die Auditoren überprüfen dazu die Angaben zum Energieverbrauch, der Massnahmenwirkung, der Wirtschaftlichkeitsberechnung etc. in den Zielvereinbarungen und in den Monitoringberichten. Die Qualitätssicherung der Auditoren hat zum Ziel, das wirtschaftlich mögliche Potenzial auszuschöpfen und in den Zielvereinbarungen und in den Monitoringberichten abzubilden.

Die Firma bietet ihre Leistungen neben anderen Anbietern, in denjenigen Landesteilen der Schweiz an, die aufgrund der Sprachkenntnisse möglich sind. Die Firma erhält die Aufträge direkt von der Bedarfsstelle, welche die erbrachten Leistungen vergütet.

Die Firma rapportiert der Bedarfsstelle. Der Leistungs- und Lieferumfang, der den vorliegenden Auftrag betrifft, wird von der Bedarfsstelle definiert.

2 Vertragsbestandteile

Die Bestimmungen der vorliegenden Vertragsurkunde gehen im Fall von Widersprüchen sämtlichen anderen Einzelverträgen und Nachträgen vor, sofern die Parteien darin nicht ausdrücklich und unter Hinweis auf eine Abweichung zur vorliegenden Vertragsurkunde eine andere Regelung vorsehen.

Im Übrigen sind integrierende Bestandteile des vorliegenden Rahmenvertrages in nachstehender Rangfolge:

- a) Die vorliegende Vertragsurkunde inkl. allfälliger Nachträge dazu
- b) Die Anhänge zur vorliegenden Vertragsurkunde

- c) Die Ausschreibung sowie die dazugehörigen Unterlagen (insbesondere Pflichtenheft) für das Projekt WTO (21084) 805 Los 6: - Qualitätssicherung, Audits Zielvereinbarungen post 2020
- d) Sämtliche Einzelverträge inklusive allfälliger Nachträge dazu
- e) Sämtliche Anhänge zu den Einzelverträgen inklusive allfälliger Nachträge dazu
- f) Es kommen die aufgrund der im jeweiligen Einzelvertrag vereinbarten Leistungsgegenstände anwendbaren Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bundes zur Anwendung. Das heisst die AGB für:
 - Dienstleistungsaufträge (Ausgabe September 2016, Stand Januar 2021)
- g) Das Angebot der Firma vom **Datum auswählen** sowie deren Nachofferte vom **Datum auswählen**

Im Falle von Widersprüchen zwischen einzelnen Vertragsbestandteilen gilt die vorstehend genannte Rangfolge. Bei Widersprüchen zwischen den Anhängen innerhalb derselben Hierarchiestufe gilt, dass jüngere Bestimmungen älteren Bestimmungen vorgehen.

Das Angebot der Firma darf die anderen Vertragsbestandteile nicht modifizieren, sondern dient nur der Konkretisierung von Punkten, welche in den anderen Vertragsbestandteilen nicht hinreichend geregelt sind.

Die Vertragsparteien bestätigen mit der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages, dass sie im Besitze der obgenannten Vertragsbestandteile sind und diese auch in der genannten Rangfolge anerkennen.

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Firma sind wegbedungen.

3 Verhältnis von Rahmenvertrag zu Einzelverträgen

Aus dem vorliegenden Rahmenvertrag entsteht für die Bedarfsstelle keine Verpflichtung zur Inanspruchnahme irgendwelcher Leistungen (insbesondere keine Bezugspflicht bzw. keine Mindestbezugspflicht oder dgl.) bei der Firma. Eine solche Pflicht entsteht ausschliesslich nur gestützt auf die Vereinbarung eines unter Bezugnahme und Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Rahmenvertrages zwischen den Parteien abgeschlossenen Einzelvertrages.

Der Abschluss eines gültigen und verbindlichen Einzelvertrages bedingt die Gültigkeit des vorliegenden Rahmenvertrages.

Die Beendigung des vorliegenden Rahmenvertrages führt nicht zur Beendigung eines während seiner Geltungsdauer und auf seiner Grundlage vereinbarten Einzelvertrages. Die Bestimmungen des vorliegenden Rahmenvertrages gelten in diesem Falle als Bestandteil des auf seiner Grundlage vereinbarten Einzelvertrages bis zu dessen Beendigung fort.

Einzelverträge werden grundsätzlich auf die Dauer von maximal 1 Jahr abgeschlossen. Dies bedeutet, dass Einzelverträge über die Dauer des vorliegenden Rahmenvertrages hinaus vereinbart werden können.

4 Leistungen der Firma

4.1 Leistungsbeschreibung

Die von der Firma zu erbringenden Leistungen als Auditor im Zusammenhang mit den Zielvereinbarungen post 2020 werden basierend auf der Leistungsumschreibung im Pflichtenheft zur WTO-Ausschreibung (21084) 805 (insb. Ziff. 3.3.2 und 3.3.3) sowie dem Angebot, das einen Zuschlag erhalten hat, teils in vorliegendem Rahmenvertrag und teils in Einzelverträgen definiert werden.

4.2 Prozess des Abrufverfahrens

Die Verhandlung und Vereinbarung der Einzelverträge sowie der daraus entstehenden Auditaufträge erfolgt gemäss dem nachstehend beschriebenen Prozess:

1. Für jede benötigte Leistung wird ein Mini-Tender zwischen den Zuschlagsempfängern durchgeführt. Ein Mini-Tender wird gemäss Beschreibung in Ziff. 3.3.4 des Pflichtenhefts durchgeführt.
2. Alle validen Angebote im Mini-Tender-Verfahrens der Rahmenvertragspartner erhalten einen Einzelvertrag zur gegenseitigen Unterzeichnung mit der Bedarfsstelle.
3. Die Bedarfsstelle fragt die Firma an, welcher die Fachgebiete der Energietechnik und Sprachanforderungen (gemäss ZK03 und ZK04) und die Kriterien gemäss Angaben im Pflichtenheft am besten erfüllt.
4. Die Firma unterbreitet innert angemessener Frist eine Zu- oder Absage.
5. Darauf basierend erstellt die Bedarfsstelle ein Auditauftrag mit Kurzbeschreibung der Leistungen (Auftrag) inkl. Verrechnungsinformationen.
6. Der Beginn der Arbeiten erfolgt nach Entgegennahme des Auditauftrags.

Rahmenbedingungen:

- Für den Abschluss des Einzelvertrages gelten die im vorliegenden Rahmenvertrag und in den Ausschreibungsunterlagen genannten Leistungen, Spezifikationen, Abnahmekriterien, Qualitätsmerkmale etc.
- Die periodenspezifischen Bestimmungen ergeben sich aus dem jeweiligen Einzelvertrag.
- Für die Vertragsverhandlung wird keine Vergütung geleistet.
- Die Audits müssen nach der Zuweisung durch den Auftraggeber in der Regel innerhalb von 2 Monaten abgeschlossen werden.

Die Vergabe der einzelnen Auditaufträge erfolgt gemäss Beschreibung in Ziff. 3.3.4 des Pflichtenhefts.




5 Qualitätssicherung

Die Leistungsgüte der Firma und der eingesetzten Mitarbeitenden wird periodisch (mindestens einmal jährlich) und bezogen auf den jeweiligen Einzelvertrag von der Bedarfsstelle summarisch (Projektleitung oder Linie) bewertet; die Ergebnisse werden zwischen den fachlichen und kommerziellen Schlüsselpersonen der Vertragsparteien besprochen, wenn die Abweichungen Konsequenzen gemäss der untenstehenden Tabelle ergeben.

Relevante Faktoren bei der Beurteilung sind:











- Termintreue und Aufwandstreue
- Qualität der Lieferobjekte / Dienstleistungen
- Qualität der Mitarbeitenden
- Dokumentation der Leistungsergebnisse
- Preis- Leistungsverhältnis
- Einhaltung der in der Ausschreibung gemachten Zusicherungen

Dabei wird pro Einzelvertrag eine Bewertung im Sinne einer Status-Ampel vorgenommen:

 (Grün)	 (Gelb)	 (Rot)
<ul style="list-style-type: none"> - Termintreu, Aufwand im Plan - Qualität ohne Einschränkungen - Einwandfreie, gute Leistung der Mitarbeitenden - Einwandfreie, lückenlose, gut verständliche Dokumentation - Keine Beanstandungen zum Preis- Leistungsverhältnis - Die Einhaltung der in der Ausschreibung gemachten Zusicherungen (Erfüllung der zugesicherten Minimalanforderungen aus den EK und TS) und die Einhaltung der gemachten Zusicherungen in den ZK hinsichtlich der Qualität und Qualifikation der einzusetzenden Mitarbeitenden wird vollumfänglich erfüllt 	<ul style="list-style-type: none"> - Abweichungen in Termin und/oder Aufwand - Qualität mit Einschränkungen - Mittelmässige Leistung der Mitarbeitenden - Mangelhafte Dokumentation - Erhebliche Beanstandungen zum Preis- Leistungsverhältnis - Die Einhaltung der in der Ausschreibung gemachten Zusicherungen (Erfüllung der zugesicherten Minimalanforderungen aus den EK und TS) und die Einhaltung der gemachten Zusicherungen in den ZK hinsichtlich der Qualität und Qualifikation der einzusetzenden Mitarbeitenden wird mehrheitlich nicht erfüllt 	<ul style="list-style-type: none"> - Massive Abweichungen in Termin und/oder Aufwand - Ungenügende Qualität - Ungenügende Leistung der Mitarbeitenden - Keine oder nicht nachvollziehbare Dokumentation - Massive Beanstandungen zum Preis- Leistungsverhältnis - Die Einhaltung der in der Ausschreibung gemachten Zusicherungen (Erfüllung der zugesicherten Minimalanforderungen aus den EK und TS) und die Einhaltung der gemachten Zusicherungen in den ZK hinsichtlich der Qualität und Qualifikation der einzusetzenden Mitarbeitenden wird nicht erfüllt

Resultierend aus den Einzelbewertungen erfolgt eine Gesamtbewertung über alle Einzelbewertungen, welche die Zufriedenheit über den beobachteten Zeitraum wiedergibt.

Konsequenzen der Beurteilung in Relation zur Anzahl/Periode:

Anzahl	Status	Massnahme
1		Die Firma hat schriftlich aufzuzeigen, welche Massnahmen ergriffen werden, damit keine Mängel mehr auftreten.
		Die Firma hat schriftlich aufzuzeigen, welche Massnahmen ergriffen werden, damit keine Mängel mehr auftreten. Die Geschäftsleitung beider Partner ist über den Zustand zu informieren.
2	 + 	Die Firma hat schriftlich aufzuzeigen, welche Massnahmen ergriffen werden, damit keine Mängel mehr auftreten. Die Geschäftsleitung beider Partner ist über den Zustand zu informieren.
	 + 	Diese Situation kann als ein wichtiger Kündigungsgrund gemäss Ziffer 24 angesehen werden.
3	 +  + ( ∨ )	Diese Situation kann als ein wichtiger Kündigungsgrund gemäss Ziffer 24 angesehen werden.

6 Mitwirkungsobliegenheiten der Bedarfsstelle

Die Bedarfsstelle hat die folgenden Mitwirkungsobliegenheiten:

- Gewährt den zertifizierten Auditoren Zugang zur IT-Lösung (Zielvereinbarungs- und Monitoringtool) - mit den benötigten Rechten
- Stellt die benötigten Unterlagen zur Verfügung
- Führt bei Bedarf Schulungen durch, um sicherzustellen, dass die Auditoren über aktuelle Informationen zu Gesetzgebung und Vollzug verfügen

Zusätzliche Mitwirkungsobliegenheiten können bei Bedarf im Einzelvertrag vereinbart werden.

7 Schlüsselpersonen

Auf Seite der Bedarfsstelle liegt die Gesamtverantwortung bei:

Name / Vorname	Name / Vorname eingeben
Funktion	Funktion eingeben
E-Mail	E Mail Adresse eingeben
Tel.Nr.	Tel. Nr. eingeben

Namensliste der Schlüsselperson bei der Bedarfsstelle

Die eingesetzten Mitarbeitenden und Schlüsselpersonen bei der Firma, ergeben sich aus dem Angebot der Firma sowie aus dem jeweiligen Einzelvertrag.

Der freiwillige Austausch von eingesetzten Schlüsselpersonen und Mitarbeitenden bei der Firma ist nur mit vorgängig eingeholter Zustimmung durch die Bedarfsstelle zulässig.

8 Eskalationsverfahren

Im Falle von Uneinigkeiten erfolgt die Bereinigung gemäss dem nachstehenden Eskalationsverfahren. Eskalationsstufen auf Seiten der Bedarfsstelle:

Eskalationsstufe	Beteiligte
1	Projektleiter
2	Projektauftraggeber auf Seiten der Auftraggeberin
3	Direktionsstufe

Eskalationsstufen seitens Bedarfsstelle

Eskalationsstufen auf Seiten der Firma:

Eskalationsstufe	Beteiligte
1	Funktion innerhalb der Unternehmung, Stufe und gegebenenfalls Vorname / Name eingeben
2	Funktion innerhalb der Unternehmung, Stufe und gegebenenfalls Vorname / Name eingeben
3	Funktion innerhalb der Unternehmung, Stufe und gegebenenfalls Vorname / Name eingeben

Eskalationsstufen seitens Firma

Das Eskalationsverfahren hat keinen Einfluss auf die geltende Unterschriftenregelung. Sobald eine Einigung erzielt werden konnte, ist für allfällige Vertragsanpassungen oder rechtsverbindliche Vertragsauslegungen innert nützlicher Frist die Zustimmung der jeweils zeichnungsberechtigten Personen einzuholen.

Sollte binnen 30 Tage innerhalb einer Stufe keine Einigung erzielt werden können, so ist jede Partei berechtigt, die Meinungsdivergenz der nächsthöheren Ebene - bzw. nach dem Erreichen der höchsten Ebene, dem zuständigen Gericht - schriftlich zu unterbreiten. Dabei sind mindestens zu nennen: Inhalt der Meinungsverschiedenheit, Ursache aus Sicht der betreffenden Partei, Auswirkungen auf das Preis- und Leistungsverhältnis, Lösungsvorschlag bzw. -ansätze.

Die Parteien wenden dieses Instrument nach Treu und Glauben mit dem gemeinsamen Ziel der einvernehmlichen Bereinigung von Meinungsdivergenzen an. Jede Partei trägt dabei ihren eigenen Aufwand.

Das Eskalationsverfahren muss nicht durchlaufen werden, sofern es offensichtlich sinnlos bzw. zwecklos ist (namentlich im Konkursfall der Firma, Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien tief erschüttert etc.).

9 Change Management (Leistungsänderungen)

Die Parteien können jederzeit im Rahmen der Erfüllung abgeschlossener Einzelverträge schriftlich Änderungen der vereinbarten Leistungen beantragen. Wünscht die Bedarfsstelle eine Änderung, teilt die Firma innert 10 Arbeitstagen schriftlich mit, ob die Änderung möglich ist und welche Auswirkungen sie insbesondere auf die zu erbringenden Leistungen, die Vergütung und die Termine hat. Die Bedarfsstelle entscheidet sich innert der gleichen Frist, ob die Änderung ausgeführt werden soll. Wünscht die Firma eine Änderung, so nimmt die Bedarfsstelle den begründeten Antrag innert der gleichen Frist an oder lehnt ihn ab.

Leistungsänderungen und allfällige Anpassungen von Vergütung, Terminen und anderen Vertragspunkten werden vor der Ausführung in einem Nachtrag zum jeweiligen Einzelvertrag schriftlich festgehalten.

Das im vorliegenden Vertrag sowie auch das im jeweiligen Einzelvertrag festgelegte Kostendach ist zu beachten.

10 Erfüllungsort

Erfüllungsort ist die nachstehend genannte Adresse der Bedarfsstelle. Abweichende Regelungen ergeben sich aus dem Einzelvertrag.

Bundesamt für Energie BFE
Energieeffizienz und erneuerbare Energien
Pulverstrasse 13
3063 Ittigen

11 Termine

Soweit in den Einzelverträgen vereinbarte Termine ausdrücklich als verzugsbegründend benannt sind gilt:

Mit unbenutztem Verstreichen der Termine gerät die Firma ohne weiteres in Verzug, d.h. ohne, dass es einer Mahnung seitens der Bedarfsstelle bedarf.

Gerät die Firma in Verzug, schuldet sie eine Konventionalstrafe gemäss den Bestimmungen der im Einzelvertrag anwendbaren AGB (vgl. Ziff. 8).

12 Vergütung

Die Firma erbringt die Leistungen nach Massgabe der vorliegenden Vereinbarung und gestützt auf den jeweils abgeschlossenen Einzelvertrag und dem daraus resultierenden Auditauftrag wie folgt:

- Nach Aufwand mit oberer Begrenzung der Vergütung (Kostendach). Die anwendbaren maximalen Stundenansätze ergeben sich aus dem Angebot der Firma im Abrufverfahren.

Für Audits mit Unternehmensbegehung wird mit einem Aufwand bis zu 25 h ausgegangen. Es wird davon ausgegangen, dass ca. 80 % der Audits «On-Desk» Audits und ca. 20 % Audits mit Unternehmensbegehung durchgeführt werden müssen. Für «On-Desk» Audits wird mit einem Aufwand bis zu 12.5 Stunden gerechnet.

Dauert ein Audit länger, ist mit der Bedarfsstelle vor der Ausführung der Arbeiten Kontakt aufzunehmen, um den Mehraufwand zu begründen und zu vereinbaren.

Das maximale Beschaffungsvolumen für alle aus diesem Rahmenvertrag abrufbaren Leistungen ergibt sich aus der Publikation der Vergabe im Informationssystem über das öffentliche Beschaffungswesen in der Schweiz www.simap.ch (Anzahl geschätzte Stunden und dem Preis im höchsten Angebot).

Vergütung für die Leistungen:

Stundensatz: CHF **Betrag eingeben** (exkl. MWST)

Gesamtkostendach: CHF **Betrag eingeben (exkl. MWST)**

Alle Preise verstehen sich exklusive der zum Zeitpunkt der Rechnungsstellung gültigen Mehrwertsteuer.

In den Preisen sind sämtliche Nebenkosten (im Besonderen Spesen, Versicherungen, Sozialversicherungskosten/-beiträge etc.) enthalten und wenn gefordert im Rahmen des Abrufverfahrens gesondert auszuweisen.

Es gelten die folgenden Vorbehalte:

- Es besteht für die Firma kein Anspruch darauf, dass die Bedarfsstelle Leistungen bis zum Erreichen des vorgenannten maximalen Beschaffungsvolumens abrufen. Aus beschaffungsrechtlichen Gründen umfasst das Kostendach alle mit der zugrundeliegenden Ausschreibung beschafften Audits.
- Es werden nur die im jeweiligen Einzelvertrag vereinbarten und erbrachten Leistungen vergütet.
- Die Bedarfsstelle behält sich vor, Leistungen aus diesem Rahmenvertrag und dazugehörigen Einzelverträgen auch zugunsten weiterer Bedarfsstellen innerhalb der zentralen Bundesverwaltung erbringen zu lassen.

Der Abruf der Leistungen erfolgt unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der Kredite.

Bei Leistungen nach Aufwand mit Kostendach:

Die Firma erstellt für alle geleisteten Arbeitsstunden einen Rapport. Der Rapport nennt das Datum, den Inhalt der Arbeit sowie deren Dauer.

Die Firma legt den unterzeichneten Rapport der Rechnung an die Bedarfsstelle bei. Zahlungen werden - unter der Voraussetzung der Genehmigung der Rapporte durch die Bedarfsstelle - geleistet. Die Genehmigung der Bedarfsstelle erfolgt innert 10 Tagen seit Erhalt des Rapports, sofern die Bedarfsstelle keine Vorbehalte gegen den Rapport anbringt.

Allfällige Vorbehalte sind der Firma ebenfalls innert 10 Arbeitstagen seit Erhalt des Rapports schriftlich mitzuteilen.

13 Rechnungstellung / Zahlungsplan

Die Rechnungsstellung wird im Einzelvertrag definiert. Abweichende bzw. ergänzende Vereinbarung vorbehalten, gilt:

- a) Bei Leistungen nach Aufwand mit Kostendach: Die Firma stellt monatlich Rechnung. Sie legt der E-Rechnung die jeweiligen Rapporte im PDF-Format bei. Die Bedarfsstelle leistet die Zahlung, sofern sie die Rapporte genehmigt hat.
- b) Bei Leistungen zu einem vereinbarten Festpreis: Die Firma stellt nach Genehmigung sämtlicher Rapporte / des Schlussrapports / des Schlussberichts E-Rechnung.
- c) Bei Leistungen mit Kostendach oder zu einem Festpreis mit Zahlungsplan: Die Firma stellt E-Rechnung für Teilzahlungen gemäss im Einzelvertrag definierten Zahlungsplan zu den vereinbarten Bedingungen. Zahlungen für Teilleistungen werden nur zur Zahlung fällig, sofern die dafür geltenden Voraussetzungen gemäss Einzelvertrag erfüllt sind.

14 Sozialversicherungen

Die aufgrund des vorliegenden Rahmenvertrages und gestützt darauf gemäss vereinbarten Einzelverträgen zu erbringenden Tätigkeiten / Leistungen gelten sozialversicherungsrechtlich als selbständige Erwerbstätigkeit. Die Firma ist somit selbst besorgt, die Beiträge für sich und ihre Mitarbeitenden mit ihrer AHV-Ausgleichskasse abzurechnen.

Die Bedarfsstelle schuldet der Firma und deren Mitarbeitenden somit keine Sozialversicherungsbeiträge (AHV, IV, EO, ALV, usw.) oder anderweitige Entschädigungsleistungen, wie namentlich bei Ferien, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Tod.

Sollte die AHV-Ausgleichskasse diesen Vertrag entgegen den Erwartungen in einem späteren Zeitpunkt als unselbständige Erwerbstätigkeit qualifizieren und Sozialversicherungsbeiträge bei der Auftraggeberin einfordern, verpflichtet sich die Auftragnehmerin diese der Auftraggeberin nachträglich gegen Rechnungsstellung innert 30 Tagen zu ersetzen.

15 Konventionalstrafen

Verletzt die Firma Arbeitsschutzbestimmungen, Bestimmungen über die Arbeitsbedingungen und über die Lohngleichheit von Frau und Mann (AGB Ziff. 6), Geheimhaltungspflichten oder kommt sie in Verzug schuldet sie eine Konventionalstrafe gemäss der entsprechenden Ziffer der im Einzelfall anwendbaren AGB (vgl. Ziff. 12). Betreffend die Integritätsklausel wird auf nachstehende Ziff. 18.1 verwiesen.

16 Schutzrechte

Alle Schutzrechte des geistigen Eigentums (Immaterialgüterrechte und Anwartschaften an solchen) an den im Rahmen der Vertragserfüllung entstandenen Arbeitsergebnissen gehören der Bedarfsstelle. Auch allfällige Eigentumsrechte an den Arbeitsresultaten, welche die externen Mitarbeitenden im Laufe der Vertragserfüllung erzielt bzw. entwickelt oder weiterentwickelt haben, gehen ausschliesslich auf die Bedarfsstelle über. Solche Arbeitsresultate dürfen von externen Mitarbeitenden selbst oder von der Firma nicht anderweitig verwendet werden.

Die Firma verpflichtet sich, Forderungen Dritter wegen Verletzung von Schutzrechten unverzüglich abzuwehren und sämtliche Kosten inbegriffen Schadenersatzleistungen, welche der Bedarfsstelle daraus entstehen, zu übernehmen.

Die Firma verpflichtet sich, die Bedarfsstelle unverzüglich über solche Forderungen in Kenntnis zu setzen und ihr alle zu ihrer Abwehr dienlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen, soweit nicht Geheimhaltungsgründe entgegenstehen.

17 Gewährleistung und Haftung

Die Haftung und Gewährleistung aus dem Einzelvertrag ergeben sich aus den Bestimmungen der im Einzelfall anwendbaren AGB (vgl. Ziff. 9).

18 Weitere Bestimmungen

18.1 Integritätsklausel

Die Vertragsparteien verpflichten sich, alle erforderlichen Massnahmen zur Vermeidung von Korruption zu ergreifen, so dass insbesondere keine Zuwendungen oder andere Vorteile angeboten oder angenommen werden. Bei Missachtung der Integritätsklausel hat die Auftragnehmerin der Bedarfsstelle eine Konventionalstrafe zu bezahlen. Diese beträgt 10% der Vertragssumme, mindestens CHF 3'000.- je Verstoss.

Die Firma nimmt zur Kenntnis, dass ein Verstoss gegen die Integritätsklausel in der Regel zu einer Auflösung des Vertrages aus wichtigen Gründen durch die Bedarfsstelle führt.

18.2 Selbstdeklaration

Die Firma hat mittels Selbstdeklarationsformular der Beschaffungskonferenz des Bundes (BKB) die Einhaltung der anwendbaren Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen und der Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf Lohngleichheit bestätigt (Art. 8 BöB, SR 172.056.1; Art. 6 und 7 VöB, SR 172.056.11).

18.3 Personensicherheitsprüfung

Die Bedarfsstelle kann bei der Fachstelle PSP VBS eine Personensicherheitsprüfung anfordern. Die eingesetzten Mitarbeitenden der Firma haben sich auf erstes Verlangen der Bedarfsstelle der Überprüfung der im konkreten Fall erforderlichen Stufe gemäss der Verordnung über die Personensicherheitsprüfungen (PSPV) vom 4. März 2011 (SR 120.4, im Folgenden: PSPV) zu unterziehen. Der vorliegende Vertrag kann ganz oder teilweise aufgelöst werden, wenn die Personen nicht als unbedenklich beurteilt werden (Art. 154 OR).

Die Bedarfsstelle entscheidet, ob die Firma verpflichtet wird, die betreffenden Mitarbeitenden innert 14 Tagen durch gleichwertige Personen zu ersetzen, welche den Anforderungen genügen.

Bei einer ganzen oder teilweisen Vertragsauflösung wird im Falle der Erbringung der vereinbarten vertraglichen Leistungen nach Aufwand die nachgewiesen geleistete Arbeit zu den vereinbarten Stundensätzen vergütet. Falls jedoch als Entgelt ein Festpreis vereinbart wurde, trägt die Firma das ausschliessliche Risiko, dass für ihre Mitarbeitenden keine Sicherheitserklärungen gemäss Art. 22 Abs. 1 Bst. a PSPV erlassen werden.

18.4 Subunternehmer

Die Firma bleibt gegenüber der Vergabestelle für das Erbringen der Leistungen und den Ersatz von Schäden durch Subunternehmer verantwortlich, wie wenn sie selbst gehandelt hätte.

Die unter diesem Rahmenvertrag zu erbringenden Leistungen müssen grundsätzlich von der Firma selbst resp. von Mitarbeitenden der Firma erbracht werden (Pflicht zur persönlichen Leistungserbringung). Der Beizug eines Subunternehmers ist nur in beschränkten Ausmass erlaubt.

- a) Die Firma zieht für die unter diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen den Subunternehmer resp. dessen Mitarbeiter nur für die Erfüllung der folgenden Leistungen bei:

Zugelassen für die Leistungserbringung der Optionen 1 und 2. Zieht der Anbieter zur Leistungserfüllung Subunternehmer bei, übernimmt er die Gesamtverantwortung. Er führt alle beteiligten Subunternehmer mit den ihnen zugewiesenen Rollen auf. Die charakteristische Leistung ist grundsätzlich vom Anbieter zu erbringen.

Die Firma darf Subunternehmer nur nach vorgängiger schriftlicher Zustimmung der Bedarfsstelle beiziehen oder auswechseln. Die Bedarfsstelle wird ihre Zustimmung nicht ohne wichtigen Grund verweigern. Die Firma hat im Fall einer Weigerung das Recht, die Sache gemäss den Angaben in Ziff. 8 Eskalationsverfahren zu eskalieren.

Dem Beizug der **Firmenname eingeben** im vereinbarten Rahmen wird hiermit zugestimmt.

19 Dokumentation und Abschlussarbeiten

Die Firma dokumentiert alle Leistungen in einer Granularität, die der Bedarfsstelle die bestimmungsgemässe Nutzung der Leistungen und die Übertragung auf einen anderen Anbieter erlaubt.

Bei Beendigung des Rahmenvertragsverhältnisses insgesamt (insbesondere bei Kündigung) sowie bei Beendigung von Leistungen gestützt auf den jeweiligen Einzelvertrag ist der Bedarfsstelle eine andauernde und lückenlose Dokumentation der erbrachten Leistungen abzugeben. Diese Dokumentation ist immer Gegenstand der periodischen und projektbezogenen QS-Massnahmen gemäss Ziff. 5.

Die Inhalte der Dokumentation werden im jeweiligen Einzelvertrag genau festgelegt.

Auf Verlangen hat die Firma die Dokumentation zu laufenden Aufträgen einen Monat vor Ablauf des Rahmenvertragsverhältnisses so aufzubereiten, dass diese an bestehende oder zukünftige Zuschlagsempfänger übergeben werden können. Die Firma hat die Übergabe mit all ihren zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen sowie nichts vorzukehren, was die Übergabe erschweren oder gefährden könnte.

20 Abtreten von Forderungen / Übertragung Rechtsverhältnis

Die Forderungen, die der Firma aus dem vorliegenden Vertragsverhältnis zustehen, dürfen ohne schriftliche Zustimmung der Bedarfsstelle weder abtreten, verpfändet noch in sonst irgendeiner Weise belastet werden.

Die Firma hat alle aus diesem Rahmenvertrag und gestützt darauf in Einzelverträgen vereinbarten Rechte und Pflichten seinen allfälligen Rechtsnachfolgern zu überbinden. Eine Übertragung von Rechten und Pflichten oder von Teilen des Vertrages bzw. des gesamten Rechtsverhältnisses bedarf der schriftlichen Zustimmung der Bedarfsstelle. Die Bedarfsstelle wird die Zustimmung nur aus wichtigen Gründen verweigern.

21 Keine einfache Gesellschaft

Die Parteien bilden in keinem Fall eine einfache Gesellschaft im Sinne von Art. 530 ff. des Schweizerischen Obligationenrechtes (SR 220).

22 Anwendbares Recht / Gerichtsstand

Auf Streitigkeiten aus diesem Vertragsverhältnis ist ausschliesslich schweizerisches Recht anwendbar unter Ausschluss des Kollisionsrechts und des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 11. April 1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf (Wiener Kaufrecht, CISG, SR 0.221.211.1).

Ausschliesslicher Gerichtsstand ist Bern, Schweiz.

23 Gültigkeitsdauer, Änderungen und Beendigung des Rahmenvertrags

23.1 Inkrafttreten / Rahmenvertragsdauer

Der vorliegende Vertrag tritt mit dessen Unterzeichnung durch beide Vertragsparteien in Kraft und dauert bis zum 30.06.2028.

Der Vertrag kann optional 1 Mal um 4 Jahre verlängert werden und dauert somit längstens (bei Bezug Option 2) bis zum 30.06.2032.

Es besteht von Seiten der Bedarfsstelle keinerlei Pflicht, die Optionen zu beziehen, und von Seiten der Firma keinerlei Recht, auf den Bezug der Optionen zu bestehen. Der Bezug der Optionen (sämtliche Leistungen sind optional) ist in Einzelverträgen festzuhalten.

23.2 Rahmenvertragsänderungen

Änderungen und Ergänzungen dieses Rahmenvertrages und dessen Vertragsbestandteile sind nur gültig, wenn sie von den Vertragsparteien schriftlich vereinbart werden. Dies gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftlichkeitsvorbehaltes.

23.3 Kündigung aus wichtigem Grund

Jeder Vertragspartner ist berechtigt, vor Ablauf der festen Vertragsdauer den Rahmenvertrag und/oder die Einzelverträge bei schwerwiegender Verletzung durch die andere Partei aus wichtigem Grund mittels schriftlicher Kündigung aufzulösen. Vor der Kündigung wird die kündigungswillige Partei der anderen Partei vorgängig eine angemessene Frist setzen, innerhalb welcher sie dieselbe zu vertragskonformer Leistung auffordert.

Die Vergabestelle ist insbesondere berechtigt, den Rahmenvertrag fristlos aus wichtigem Grund zu kündigen, wenn

- über die Firma der Konkurs eröffnet wird oder sie ein Gesuch um Nachlassstundung einreicht oder in Liquidation tritt;
- die Firma die Liquidation (ausgenommen der Fall einer freiwilligen Liquidation zum Zweck der Fusion oder einer Reorganisation) erklärt;
- die Firma mit der Beschlagnahme ihres Vermögens konfrontiert wird;
- die Firma ihren vertraglichen Pflichten trotz schriftlicher Rüge und dem Setzen einer angemessenen Nachfrist nicht nachkommt.

Im Falle einer Kündigung aus wichtigem Grund bleiben sonstige Ansprüche der Vertragspartner, einschliesslich Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche sowie Konventionalstrafen und die Geheimhaltungspflichten, unberührt.

24 Ausfertigung / Unterzeichnung durch die Vertragsparteien

Die vorliegende Vertragsurkunde wird dreifach ausgefertigt. Jede beteiligte Partei erhält ein unterzeichnetes Exemplar.

Für die Bedarfsstelle BAFU

Bundesamt für Umwelt BAFU

Ort und Datum

Vor- und Nachname / Funktion

Unterschrift:

.....

Für die Bedarfsstelle

Bundesamt für Energie BFE

Ort und Datum

Vor- und Nachname / Funktion

Unterschrift:

.....

Für die Firma

Firmenname

Ort und Datum

Vor- und Nachname / Funktion

Unterschrift:

.....

Vor- und Nachname / Funktion

Unterschrift:

.....

Vor- und Nachname / Funktion

Unterschrift:

.....

Vor- und Nachname / Funktion

Unterschrift:

.....

Verteiler:

Von diesem Vertrag werden drei Originale unterzeichnet und wie folgt deponiert:

Ein Exemplar verbleibt bei der Bedarfsstelle BAFU

Ein Exemplar verbleibt bei der Bedarfsstelle

Ein Exemplar verbleibt bei der Firma

Anhänge:

Anhänge eingeben